

LEITARTIKEL

Auch in schwierigen Zeiten ist auf die Polizei Verlass

Pandemie verdeckt wichtige Themen
und Fragestellungen

Trotz Pandemie und der damit verbundenen vielfältigen Anforderungen an unsere Kolleginnen und Kollegen beschäftigen viele wichtige Themen und Fragestellungen um die Polizei, ihren Alltag und ihre Arbeit die Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Landesregierung hält an 2. Einsatzhundertschaft fest

So wird polizeiintern sehr kritisch auf die im Landtag beschlossenen, sehr eingeschränkten Personal- und Sachhaushaltsmöglichkeiten geschaut. Mangel löst auch schnell Neid aus. Wir sind daher froh, dass die Jamaika-Landesregierung an den Planungen einer zweiten Einsatzhundertschaft festhält! Aber viele fühlen auch Enttäuschung über die Reduzierung der ohnehin zu wenigen geplanten 75 zusätzlichen Stellen für eine zweite Einsatzhundertschaft auf lediglich 50 zusätzliche Einstellungen in diesem und im nächsten Jahr! Aus unserer Sicht ist es unlauter, dagegen andere Personalbedarfe aufzuwiegen. Richtig ist aber, dass es für die Themenbereiche „Cyber-Crime“, Kinderpornografie und weitere schwergewichtige Deliktfelder, wie z. B. Wirtschaftskriminalität und Vermögensabschöpfung, zusätzliche Planstellen für hochqualifizierte Fachangestellte/IT-Spezialisten geben muss! Hierfür hatte die GdP einen dringenden Bedarf von 60 Stellen gefordert. Die im Haushalt 2021 hinterlegten 30 und teilweise mit weg-

fallenden Stellen gegengerechneten Stellen sind nach Aussagen der Fachleute nicht annähernd ausreichend. Die aktuellen Anpassungen des nunmehr durch den Bundespräsidenten ratifizierten Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) werden vermutlich eine erneut deutlich erhöhte Ermittlungsarbeit im „Netz“ notwendig machen.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2022

Wir nähern uns mit großen Schritten der Landtagswahl 2022. VertreterInnen demokratischer Parteien erhalten dabei von uns das GdP Positionspapier „Wie viel und welche Polizei braucht Schleswig-Holstein 2.0!“ Wir werden die Wahlprogramme natürlich auch daran messen, wie sich die Parteien hinter das Thema Innere Sicherheit und vor allem auch loyal und wertschätzend hinter unsere Kolleginnen und Kollegen stellen.

Finanzierung Bodycams oder Distanzelektroimpulsgeräte

Das Landesverwaltungsgesetz ist gerade durch den Landtag auf den Weg gebracht. Ein etwas holpriger Jamaika-Kompromiss, der aber gerade in Eigensicherungs-



aspekten durchaus einige positive Änderungen beinhaltet. Nur stellt sich aktuell im Sachhaushalt die Frage, wie denn Bodycams oder Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) finanziert werden sollen. Geld ist offenbar nicht eingeplant! Und falls es der eine oder andere Haushaltspolitiker nicht wissen sollte, mit solchen Errungenschaften muss auch intensiv geübt werden, tatsächlich und rechtlich – auch hier sind notwendige, haushalterisch hinterlegte Planungen nicht im Ansatz erkennbar. Jamaika wird es sich nicht leisten können, Papier mit Gesetzestexten zu beschreiben, diese in Praxis aber nicht mit spürbaren Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen zu hinterlegen. Der stigmatisierende Hinweis auf das Verbot von Racial Profiling im neuen Polizeigesetz macht die Situation nicht besser.



Foto: Thomas Gründemann

Ausstattung mit Tourniquet

Ich freue mich über Aktivitäten in unserer GdP. Beispielhaft hat Torben Steckel mit „seinem“ Fachausschuss Schutzpolizei richtigerweise festgestellt, dass „man nicht wegläuft, wenn eine Reanimation durchgeführt wird“ und wirbt damit völlig berechtigt für eine Frau- und Mannausstattung mit dem Tourniquet. Dieser verfehlt versteckt im Kofferraum der Einsatzfahrzeuge seine Wirkung im Ernstfall. Sich auf die Eigeninitiative von Kolleginnen und Kollegen zu verlassen, kann ebenfalls nicht der richtige Weg sein.

Maritime Sicherheit - Safety First

Melanie Riedel, Polizeioberkommissarin beim Wasserschutzpolizeirevier in Kiel, setzt sich als Mitglied und zusammen mit dem Fachausschuss Wasserschutzpolizei in einer gemeinsamen Aktion mit dem DGB der Kiel Region für mehr Investitionen bei der Wasserschutzpolizei, zeitgemäße Einsatzboote und -schiffe ein. „Maritime Sicherheit – Safety First“ war die sehr berechtigte Botschaft der medienwirksamen Aktion.

Besoldungs-, Versorgungs- und Tariffragen

Natürlich begleiten wir auch immer wieder Besoldungs-, Versorgungs- und Tariffragen, meist gemeinsam mit unserem DGB-Ansprechpartner Olaf Schwede, Abteilungsleiter öffentlicher Dienst/Beamte/Mitbestimmung im DGB-Bezirk Nord. So gibt es aktuelle, sehr hoffnungsvolle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 zur Alimentation von „kinderreichen“ Familien mit drei und mehr Kindern) und vom Oberverwaltungsgericht in Schleswig (OVG SH vom 23. März .2021

LB 93/18). Das Oberverwaltungsgericht in Schleswig hat entschieden, dass die Beamten in zahlreichen Besoldungsgruppen nicht ausreichend bezahlt werden – und das schon seit 2007. Bevor es möglicherweise zu größeren Nachzahlungen kommt, muss allerdings noch das Bundesverfassungsgericht darüber befinden. Zusammen mit dem DGB fordern wir Anpassungen und Dialog! Gut, dass es seit 2008 jährliche Erlasse des Finanzministeriums zum Rechtsstreitverfahren um die Sonderzahlung gibt, die Musterklageverfahren vorsehen und somit eine zigtausendfache, sich jährlich wiederholende individuelle Antragstellung nicht notwendig machen. Eines bleibt aber auch klar: Recht bleibt Recht und politische Verantwortlichkeit bleibt politische Verantwortlichkeit! Wir waren mit der aktuellen Landesregierung in Verhandlungen, unterdessen entwickelt sich die Anwendung von Verfassungsrecht – das Alimentationsprinzip – weiter. Wir werden politische Verantwortlichkeit klar benennen und eine weitere Verschiebung von Entscheidungen in nicht absehbare Zukunftszeiträume nicht akzeptieren und dieses in den kommenden Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsverhandlungen gerade vor einer Landtagswahl mehr als deutlich machen.

Keine pauschale Stigmatisierung der Polizei

Eine überwältigende Mehrheit der im öffentlichen Dienst Schleswig-Holsteins Beschäftigten – selbstverständlich auch die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei – versieht ihren Dienst wertorientiert, professionell und in demokratischer Grundhaltung. Rassistischen, fremdenfeindlichen Vorfällen sowie Extremismus stellen der „Dienstherr“ und natürlich auch wir uns konsequent entgegen. Eine pauschalisierende Stigmatisierung der Polizei oder des

gesamten öffentlichen Dienstes lehnen wir ab. Insofern greifen sich wiederholende Untersuchungs- und Forschungsbestrebungen alleine viel zu kurz. Wir fordern gemeinsam mit dem DGB und unseren Schwestergewerkschaften GEW und verd.i ein tatsächliches Kümmern um den Alltag, ein Haltgeben in einer schwierigen, engagierten Arbeit und die ernsthafte Wahrnehmung der Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn.

- Ich möchte am Ende meiner Gedanken nicht so sehr über die Pandemie schreiben. Die politischen Maßnahmen werden ohnehin jeden Tag - mal so, mal genau andersherum - medial kommentiert bzw. ändern sich selbst in gleichem Maße skurril. Eine Dauerschleife von mehr als einem Jahr, macht es mir manchmal schwer, noch Nachrichten zu lesen oder zu schauen.

- Eines bleibt aber aus unserer Sicht unverrückbar: Auf die Landespolizei ist auch in Pandemiezeiten Verlass. Die schleswig-holsteinische Bevölkerung erlebt dieses tagtäglich. Das ist in dieser Zeit von besonderer Bedeutung! Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Polizei, und das haben unsere Kolleginnen und Kollegen vor allem auch in der aktuellen Phase mehr als verdient. Sie nehmen die besonderen Einsatzherausforderungen mit großem Engagement an. Ob im geschlossenen Einsatz, im polizeilichen Reaktionsdienst, ermittlungunterstützenden Einsätzen auch der Tarifbeschäftigten oder der kriminal-, schutz- oder wasserschutzpolizeilichen Ermittlung, in der Aus- und Fortbildung, des technischen, logistischen oder anderweitig unterstützenden Supports, die Landespolizei macht ihren Dienst, für die Bürgerinnen und Bürger, für diesen Staat und für unser geltendes demokratisches Rechtssystem.

Bitte bleibt gesund!
Torsten Jäger

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp.de



POLIZEI-STUDIUM AN DER FHVD UNTER CORONA-BEDINGUNGEN

GdP im Austausch mit der Spitze des Fachbereichs Polizei

Kiel/Altenholz - Nachdem im letzten Jahr 37 junge Kolleginnen und Kollegen bereits nach dem Grundstudium die Polizei wieder verlassen haben, meist wegen nicht bestandener Modulprüfungen bzw. Klausuren, in einigen Fällen aber auch aus anderen individuellen Entscheidungen, erreichten zuletzt die GdP aus der Studierendenschaft eine Reihe kritischer „Hilferufe“. Ein Polizeistudium in der Corona-Zeit bringt erhebliche Belastungen mit sich. Die Landesgeschäftsführerin der GdP, Susanne Rieckhof, organisierte kurzerhand ein digitales Treffen. Für den Fachbereich Polizei an der FHVD Altenholz standen der Dekan Michael Kock und die Prodekanin Gesine Willert zur Verfügung. Die für die GdP in der Jugendausbildungsvertretung engagierten Nina Saggau und Momme Henningsen, der zuständige GdP-Regionalgruppenvorsitzende PD AFB Thomas Mertin, der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger und die Landesgeschäftsführerin gingen in einen anderthalbstündigen, sehr offenen Austausch.

Nina Saggau und Momme Henningsen sprachen die von Studierenden zuvor abgefragten Kritikpunkte an, die sich im Schwerpunkt auf den Wunsch nach besserer Kommunikation, Absprache und Koordination bezogen. Sie schilderten, in welchem hohem Maße die Corona-Situation die Studierenden an der FHVD in dem Jahr 2020/21 beschäftigt und gefordert hat. Vonseiten der Studierenden besteht bezüglich des Umgangs mit dieser besonderen Lage immer wieder Gesprächsbedarf. Besonders in Fokus gerieten Sorgen in Bezug auf die Prüfungen als auch Maßnahmen zum weiteren Umgang mit der Pandemie. Nina Saggau und Momme Henningsen lobten, dass in dem Gespräch nun „ausführlich über Anregungen und Sorgen der Studierenden diskutiert“ worden sei und der Dekan „Hintergründe bezüglich kürzlich getroffener Maßnahmen erläutert“ habe. Sie freuten sich weiter darüber, dass Michael Kock an regelmäßiger Information der Studierenden sowie an einem Austausch in der Vergangenheit immer starkes Interesse habe. Die Anregungen der JAV bezüglich eines regelmäßig terminierten Austausches wurden wohlwollend aufgenommen. Die Vertreter der JAV waren erleichtert über die Aussagen, „dass die

von der FHVD getroffenen Maßnahmen vor allem eines zum Ziel hätten: Das Bestehen des Studiums“, dass von keiner Seite das Interesse bestehe, diesem Ziel im Wege zu stehen, dass eine „Massenabfertigung“ nicht stattfinden werde und jeder Studierende der FHVD am Herzen läge. „Wir von der JAV freuen uns, dass ein solches Gespräch vonseiten der GdP initiiert wurde, da auf diese Weise ein Austausch stattfinden konnte, welcher neue Perspektiven eröffnet sowie ein gegenseitiges Verständnis erleichtert hat.

Dekan Michael Kock schilderte umfänglich die vielfältigen Bemühungen der FHVD und des Fachbereichs Polizei, mit der Corona-Situation umzugehen. Er betonte dabei, dass jede Studentin und jeder Student wichtig sei, es aber leider nicht immer gelingen könne, es jedem recht zu machen. Die Fachhochschule habe eine Vielzahl von Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Situation zu verbessern. Beispielsweise seien psychosoziale Ansprechstellen erweitert, Angebote für junge Eltern im Studium und regelmäßige Gespräche mit den Lehrgruppensprecherinnen und -sprechern durchgeführt worden. Auf der anderen Seite gäbe es auch immer wieder Unabwägbarkeiten, beispielsweise die kurzfristige Neuterminierung von Klausurterminen oder die Änderung von Präsenz- auf digitale Prüfungsvorhaben bzw. umgekehrt. Das sei oft schwer zu beeinflussen, da die rechtlichen Vorgaben der Hochschulen-Corona-Ergänzungsverordnung nur eingeschränkt auf die FHVD zu übertragen sind, denn hier sind zwingend auch das Beamten- und Laufbahnrecht zu beachten. Sogenannte „Freischussmöglichkeiten“ wie an freien Hochschulen bergen im Laufbahn- und Prüfungsrecht auch riesige Nachteile und sind nicht unmittelbar übertragbar.

In dem Gespräch wurden Möglichkeiten erörtert, insbesondere die Kommunikation in Anbetracht der andauernden Corona-Pandemie zu verbessern. Allen ist am Ziel gelegen, ein erfolgreiches Studium, die Befähigung für den Polizeiberuf, aber auch einen individuellen Studienerfolg zu erreichen.

Michael Kock sagte nach dem Gespräch: „Der offene Austausch unter breiter Beteili-

gung war konstruktiv, gut und wertvoll. Seitens des Fachbereichs wird das Format begrüßt. Wir haben einige Anregungen bekommen. Positiv zu bewerten ist, dass wir die Möglichkeit hatten, Einzelaspekte intensiv zu erörtern und einmal breit und umfangreich darzustellen, mit welchen Schwierigkeiten auch der Fachbereich in der Corona-Phase konfrontiert ist und mit welchen Maßnahmen und Planungen wir die Studierenden erfolgreich durch das Studium führen wollen. Das schafft Transparenz und bildet die Basis für gegenseitiges Vertrauen. Gefreut hat uns auch das durch die JAV getroffene Urteil, dass wir ein gutes Maß an Fachlichkeit und über viele richtig gute Dozentinnen/Dozenten verfügen, die sich im Sinne der Sache und für die Studierenden engagieren. Im Fokus steht für alle (FB Polizei, GdP, JAV, PersRäte) das gemeinsame Ziel, den Studierenden auch in Corona-Zeiten ein verlässliches und fachlich belastbares Studium zu bieten und der Landespolizei Schleswig-Holstein nach Studienabschluss weiterhin gut ausgebildeten Personalersatz zur Verfügung zu stellen. Das ist Anspruch und Herausforderung zugleich, sowohl für die Lehrkräfte im FB Polizei, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Lehrverwaltung als auch für die Studierenden in den einzelnen Fachsemestern.“ Thomas Mertin freute sich: „Gut, dass es eine Gewerkschaft gibt, die das Gespräch sucht und dabei auf eine Fachhochschulleitung trifft, die dafür offen ist“, während Torsten Jäger resümierte: „Die Pandemiezeit bleibt gerade auch in der Ausbildung schwierig. Innehme auf allen Seiten Dialogbereitschaft und Engagement wahr – das ist gut so. Wir brauchen in der Landespolizei jede geeignete Frau und jeden geeigneten Mann!“ ■





Foto: Susanne Rieckhof

E-Bike-Leasing für Landesbeschäftigte in Sicht?

In letzter Zeit häufen sich die Anfragen unserer Mitglieder nach Möglichkeiten des E-Bike-Leasings durch Entgeltumwandlung. Bei diesem Modell verzichtet der Arbeitnehmer auf einen Teil seines Brutto-Gehalts, wodurch sich das zu versteuernde Einkommen verringert. Der Betrag wird in einen Leasing-Vertrag investiert, den der Arbeitgeber mit der Leasing-Firma abschließt. Die Laufzeit beträgt grundsätzlich 36 Monate. Nach Ablauf des 36-monatigen Überlassungszeitraums kann ein neues Fahrrad geleast werden. Marktüblich, aber nicht garantiert, ist auch, dass der Leasingdienstleister dem Nutzer nach Ende der Leasingzeit ein Kaufangebot unterbreitet.

In meinem Fall als Angestellte des Vereins GdP Schleswig-Holstein hat also die GdP einen Leasing-Rahmen-Vertrag mit einer Firma geschlossen. Ich bin zu einem Fahrradhändler gegangen und habe mir ein E-Bike ausgesucht. Seitdem erhalte ich am Monatsende weniger Netto, fahre dafür aber ein Top-Rad. Die GdP spart, obwohl sie zusätzlich einen Versicherungsvertrag (ca. 12 € im Monat) für mich abgeschlossen hat, ca. 5 € jeden Monat an Gehaltskosten durch weniger Sozialabgaben für mich. Das ist eine absolute Win-win-Situation für beide Seiten und ein tolles Modell zur Arbeitnehmerbindung für moderne, nicht staatliche Arbeitgeber wie meine GdP.

Um es vorwegzunehmen: Das Land Schleswig-Holstein ist noch nicht so weit. Zwar heißt es immerhin in § 3 Abs. 3 des aktuellen Besoldungsgesetzes: „Die Beamtin oder der Beamte kann auf die ihr oder ihm gesetzlich zustehende Besoldung weder ganz noch teilweise verzichten. Ausgenommen hiervon sind die vermögenswirksamen Leistungen und Leistungen im Rahmen einer Entgeltumwandlung für vom Dienstherrn geleaste Dienstfahräder, die der Beamtin oder dem Beamten auch zur privaten Nutzung überlassen werden, wenn es sich um Fahrräder im verkehrsrechtlichen Sinne handelt. Eine Entgeltumwandlung nach Satz 2 setzt ferner voraus, dass sie für eine Maßnahme erfolgt, die vom Dienstherrn den Beamtinnen und Beamten angeboten wird und es ihnen freigestellt ist, ob sie das Angebot annehmen.“

In der Gesetzesbegründung zum Besoldungsstrukturgesetz heißt es außerdem: „Zu den Leistungen im Rahmen der Entgelt-

umwandlung gehört neben der Leasingrate auch die Prämie für eine vom Dienstherrn abgeschlossene Vollkaskoversicherung, wenn diese Prämie nach der Überlassungsvereinbarung von der Beamtin oder dem Beamten zu tragen ist.“ An anderer Stelle ist zu lesen, dass die Möglichkeit der Entgeltumwandlung für Zwecke des Fahrradleasings für sich nicht mit Mehrausgaben, dafür aber mit Verwaltungsmehraufwand verbunden sei, der nicht näher beziffert werden könne.

Hier liegt folglich die Krux: Die generelle gesetzliche Ermächtigungsgrundlage ist zwar im Jahre 2020 geschaffen worden, das konkrete Angebot der Maßnahme fehlt jedoch noch. Es ist vom Gesetzgeber erkannt worden, dass das Modell finanztechnisch machbar ist, allerdings wird gleichzeitig der enorme Verwaltungsaufwand realisiert. Es ist aus meiner Sicht nachvollziehbar, dass dieser Aufwand bei ca. 45.000 Landesbeamten deutlich höher ist als bei einer GdP-Geschäftsstelle mit vier hauptamtlichen Mitarbeitern.

Leider ist im Moment auch noch so gar nicht absehbar, wann das konkrete Angebot für die Beamten unseres Landes geschaffen wird. So teilte das Finanzministerium auf Nachfrage mit: „Für Tarifbeschäftigte kann das Land ein solches Modell bislang nicht anbieten. Dazu bedarf es zunächst eines entsprechenden Tarifvertrags.“ Eine mögliche denkbare Begründung der mangelnden Umsetzung durch das Land ist also, dass die Beschäftigten des Landes (Beamte und Tarifbeschäftigte) nicht unterschiedlich behandelt werden sollen.

Ein entsprechender Tarifvertrag für unsere Tarifbeschäftigten ist jedoch bislang auch noch nicht in Sicht. Denn nach Auskunft der Referentin für Tarifpolitik der GdP in der Bundesgeschäftsstelle, Michaela Omari, wird auch die Bundestarifkommission der GdP nach derzeitigem Diskussionsstand bei der nächsten Tarifrunde „die Finanzierung eines Jobrads/Dienstfahrrads nur als Bonus bzw. Gehaltsextra der Arbeitgeber akzeptieren“. Eine Entgeltumwandlung (wie bei mir) soll vonseiten der GdP nicht unterstützt werden, „da die Entgeltumwandlung für die Altersvorsorge gedacht ist und zurzeit auch nur für diese vorgesehen ist (§ 6 TV-Entgelt-U B/L). Die Entgeltumwandlung für ein Jobrad würde dazu führen, dass

anteilig Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für die Rentenversicherung geschmälert werden.“ In seiner Antwort auf meine Anfrage verweist das Finanzministerium an anderer Stelle auf die „Möglichkeit eines Jobtickets für den ÖPNV für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes“. Hier sei das Land „mit Hochdruck in der Umsetzung. In einem zweiten Schritt soll auch das Fahrradleasing, zunächst für Beamtinnen und Beamte des Landes, ermöglicht werden. Dazu steht eine politische Entscheidung der Koalition aus.“ Anschließend sei eine Ausschreibung erforderlich.

Denkbar für Schleswig-Holstein wäre demzufolge möglicherweise ein monatlicher Zuschuss zur Minderung der Leasingrate eines Fahrrads – analog dem angedachten ÖPNV-Zuschuss – als einfachere Lösung. Dadurch hätten dann **alle** Landesbeschäftigten die Möglichkeit, ein E-Bike zu leasen. Oder aber das Land entscheidet sich für das Modell der Stadt Kiel: Diese fördert das umweltfreundliche Pendeln ihrer gut 5.000 Beschäftigten. Sie sollen ab diesem Jahr 30 € pro Monat für den Kauf eines neuen Fahrrads oder aber für das Jobticket erhalten.

Fazit:

Es wird wohl noch viel Wasser die Förde entlangfließen, bis die Landesbeschäftigten in den Genuss des Fahrradleasings durch Entgeltumwandlung (oder eines anderen Finanzierungsmodells) gelangen können. Dabei soll nach der Begründung des Gesetzes durch den § 3 Besoldungsgesetz die „klimaneutrale Mobilität“ gefördert werden. Das muss doch in einer Jamaika-Koalition höchste Priorität haben?!

Baden-Württemberg mit seinen ca. 188.000 Beamten jedenfalls hat es vorgemacht und dem Gesetz bereits Taten folgen lassen. Dort wird das Jobrad zwischenzeitlich sehr gut angenommen. Nach Auskunft meines Kollegen Norbert Nolle aus Baden-Württemberg nutzen aktuell bereits ca. 2.500 Landesbeamte das Angebot, das erst seit 20. Oktober 2020 überhaupt gilt. Geht doch! Wenn das Land Schleswig-Holstein attraktiver Arbeitgeber im Norden bleiben will, muss es zeitnah auch Fahrradleasing durch Entgeltumwandlung für seine Mitarbeiter anbieten.

Susanne Rieckhof



INTERVIEW

Im Gespräch

Vorgestellt: Ludger Mers, Sven Neumann und Christel Gähje vom Örtlichen Personalrat der Polizeidirektion Kiel

Kiel/tgr – Ludger Mers, Sven Neumann und Christel Gähje tragen gemeinsam Verantwortung für den Örtlichen Personalrat (ÖPR) und damit für die 1.061 Beschäftigten (davon 85 Tarifbeschäftigte und vier Verwaltungsbeamte) bei der Polizeidirektion (PD) Kiel.

DP-Landesredakteur Thomas Gründemann stellt sie vor:



Foto: GdP

Ludger Mers ist langjähriger Vorsitzender des Örtlichen Personalrates bei der PD Kiel und für diese Funktion vom Dienst freigestellt. Seit 1987 gehört der 59-jährige unterschiedlichen Personalräten an, unter anderem

dem Hauptpersonalrat der Polizei. „Ich bin über die Arbeit in der Jungen Gruppe der GdP-Kreisgruppe Kiel zum Personalrat gekommen. Angesprochen wurde ich vom damaligen Vorsitzenden und inzwischen verstorbenen Günter Gennat“, erinnert sich der Vater zweier Kinder. Ludger Mers wohnt in Ottendorf. Ursprünglich habe der Erste Polizeihauptkommissar Rechtsanwalt werden wollen, erklärt er auf Nachfrage zu seinem Traumberuf. Seit 38 Jahren ist Ludger Mers GdP-Mitglied.



Foto: Thomas Gründemann

Sven Neumann ist Stellvertreter Vorsitzender des ÖPR Kiel und – ebenfalls wie Ludger Mers – freigestellt. Der 43-jährige Hauptkommissar lebt mit Frau und Kind in Gettorf. Im Mai erwartet die dreiköp-

fige Familie Zuwachs. 1999 schloss sich Neumann der GdP an, seit 2015 ist er Mitglied im Personalrat der PD Kiel. „Kalle Bruhn hatte mich seinerzeit angesprochen und motiviert, mich im Personalrat zu engagieren. Aber ich hatte schon in der Ausbildung gemerkt, dass nicht immer alles rundläuft. Aber Meckern hilft nicht. Sich einbringen und dann auch alle Zusammenhänge sehen, war mir immer wichtig“, erklärt der gebürtige Kieler. Außergewöhnlich ist der Traumberuf Sven Neumanns: Er wäre gerne Moderator von „Wetten, dass ...?“ geworden.



Foto: GdP

Christel Gähje ist Tarifgruppensprecherin beim ÖPR der PD Kiel. Dem Personalrat gehört sie seit 2011 an. Die 61-jährige ist im Geschäftszimmer des Kommissariats 16 der Bezirkskriminalinspektion Kiel tätig. Auch bei der gebürtigen Kielerin war es damals Kalle Bruhn, der sie angesprochen hatte und für ein Engagement im Personalrat motivieren konnte. Seit 28 Jahren gehört Christel Gähje der GdP an. Sie wohnt in Kiel.

Hast du für deine Personalratstätigkeit einen Grundsatz?

Ludger Mers: Personalmaßnahmen müssen transparent und nachvollziehbar sein, damit ich sie mitverantworten kann – solange wird nachgefragt und das ist im Rahmen einer vertrauensvollen Personalratsarbeit (auf Augenhöhe) kein Affront gegen die Dienststellenleitung.

Sven Neumann: Ich habe als Personalrat die Zeit, die sich andere auch nehmen sollten. Zuhören und sprechen ist mir dabei wichtig.

Christel Gähje: Immer ein offenes Ohr haben bei allen Belangen der Beschäftigten.

Warum ist dir die Personalratsarbeit so wichtig?

Ludger Mers: Immer wieder kommt es vor, dass Kolleginnen oder Kollegen sich nicht trauen, für ihre Rechte einzutreten oder einfach nicht ausreichend über Hintergründe von Entscheidungen informiert werden und sich ggf. deshalb falsch behandelt fühlen. Da kann der Personalrat Hilfestellung geben, vermitteln und Lösungen erzielen. Personalräte haben das Ziel und wirken darauf hin, dass Maßnahmen der Dienststelle dem Gerechtigkeitsanspruch genügen. Arbeit im Personalrat ist durch Mitbestimmung auch Mitgestaltung. Dabei ist es wichtig, dass Personalräte sich aus Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Dienststellen zusammensetzen, um vielfältige Meinungen in Diskussionen zur Grundlage von Beschlüssen einfließen zu lassen.

Sven Neumann: Im dienstlichen Alltag bleiben teilweise Dinge auf der Strecke. Zusammenhänge können (oder wollen) manchmal nicht erklärt werden. Aus verschiedenen Blickwinkeln kommt man zwangsläufig zu unterschiedlichen Betrachtungen. Ich glaube eine sehr wichtige Aufgabe des Personalrates ist es, diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen in einen Abgleich zu bringen. Oft gelingt es dann, gemeinsam mit allen Beteiligten eine Lösung zu finden.

Christel Gähje: Es ist mir wichtig, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und darauf zu achten, dass Tarifverträge und Dienstvereinbarungen eingehalten werden.

Hast du ein Thema, das dir als Personalrat besonders am Herzen liegt?

Ludger Mers: Grundsätzlich müssen alle Themen den Personalräten besonders am Herzen liegen. Wenn ich die Frage aber als Frage nach den sogenannten Lieblingsthemen verstehe, dann sind besonders die Themen wichtig, die letztlich mit der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen in engem Bezug stehen. Aktuell ist das in der PD Kiel das Thema Schichtdienstmodelle.

Sven Neumann: Verständnis für die Arbeit des jeweils anderen. Das Fundament unserer Polizeiarbeit sind die Kolleginnen und Kollegen in den Streifen- und Gruppenwa-

Fortsetzung auf Seite 6



Olaf Weddern

Erreichbarkeit:

Fachhochschule für Verwaltung und
Dienstleistung, Fachbereich Polizei
Rehmkamp 10, 24161 Altenholz
Tel.: 0431 32 09 215
E-Mail: weddern@fhvd-sh.de

Polizei-Fotos aus den 50er bis 80er Jahren gesucht!

Für einen Bildband über die Landespolizei Schleswig-Holstein in den 50er bis 80er Jahren suche ich noch Fotos mit Polizeibezug von besonderen Ereignissen wie Staatsbesuchen, Katastrophen, Manövern, Demonstrationen usw. Aber auch private Bilder von Uniformen und Fahrzeugen sind natürlich sehr interessant. Wer dabei unterstützen möchte und kann, erreicht mich unter der angefügten Anschrift. Fotos würden reproduziert und zurückgegeben, mir evtl. zum Verbleib überlassene Originale

würden, um sie dauerhaft zu erhalten, in die volkskundliche Sammlung oder an das Landesarchiv Schleswig gegeben werden.



EPHK Olaf Weddern, 1. Vorsitzender „Polizei-Museum Nord e.V.“ Mitarbeit „Zentrale Ansprechstelle für Polizeigeschichte“ im LPA



Fortsetzung von Seite 5

gen und den Ermittlungsdienststellen der Kriminalpolizei. Aber deshalb sind wir als Mitarbeiter des Stabes und die Führungen lange nicht überflüssig. Hier wird dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen beim Dienst am Bürger eine gute Arbeit leisten können. Ich möchte gerne dazu beitragen, dass es in unserem Laden „rundläuft“ und wir alle zusammen ein gemeinsames Ziel erreichen: die Sicherheit für unser Bundesland!

Christel Gähje: Besonders am Herzen liegt mir, das eine gerechte Eingruppierung und die Wertschätzung der Beschäftigten erfolgt.

Dein Hobby?

Ludger Mers: Alte Möbel, Hausautomation.

Sven Neumann: Meine Kinder, unser Garten und Haus und wenn dann noch Zeit

bleibt, freue ich mich, eine Laufrunde im Dänischen Wohld.

Christel Gähje: Spinning, joggen.

Hast du ein Lebensmotto?

Ludger Mers: Du hast es selbst in der Hand, abends glücklich und zufrieden zu sein.

Sven Neumann: Die Dummen sind so sicher und die Gescheiten so voller Zweifel.

Christel Gähje: Behandle jeden so, wie du selbst behandelt werden möchtest.

Was bringt dich zur Weißglut?

Ludger Mers: Auftreten in Gutsherrenart; erkennbare Ungerechtigkeit. Lügner.

Sven Neumann: Ignoranz und Unverständnis.

Christel Gähje: nichts.

Wie vertreibst du dir schlechte Laune?

Ludger Mers: Privat: privat ☺. Dienstlich:

Es kommt auf die Ursache an; oft hilft das Sprechen und Reflektieren mit vertrauten Kolleginnen und Kollegen.

Sven Neumann: „When nothing goes right go run!“

Christel Gähje: Mit guter Musik.

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Ludger Mers: Eine lebenswerte Welt; dass es den Menschen, die mir etwas bedeuten und mir gesundheitlich gut geht. Für alle Kolleginnen und Kollegen eine hohe Berufszufriedenheit und Spaß an der Arbeit, menschliche Führung.

Sven Neumann: Noch mehr Empathie und Verständnis für den jeweils anderen.

Christel Gähje: Dass man gesund bleibt. ■

REGIONALGRUPPENTERMIN Regionalgruppe Kiel-Plön

Am 3. Juni 2021 findet eine Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Kiel-Plön statt. In dieser Versammlung soll der Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei vorbereitet werden. Unter anderem stehen die Wahlen der Delegierten und die Verabschiedung von Anträgen an. Ob diese Versammlung in Präsenz stattfinden wird, kann noch nicht beurteilt werden. Alternativ wird es eine „Online-Versammlung“ geben. Alle weiteren Infos sind der Homepage der GdP zu entnehmen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Tagesordnung versendet. ■

Mein Schiff.

Eine Klasse für mich.



URLAUB VORAUSS.

Mallorca bis Gran Canaria

Mein Schiff 2

16.10. - 23.10.2022

7 Nächte • Innenkabine C

Norwegen mit Orkney-Inseln

Mein Schiff 3

30.08. - 09.09.2022

10 Nächte • Innenkabine C

ab **979 €****

ab **1.869 €****

PREMIUM ALLES INKLUSIVE*

HIER
ATTRAKTIVE
ANGEBOTE
SICHERN



PSW Reisen

Max-Giese-Str. 22, 24116 Kiel

Tel 0431 - 170 93

Mail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck

Tel 0451 - 50 21 736

Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de



* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Entertainment und Kinderbetreuung.

** Preis p.P. im PRO-Tarif mit Frühbucher-Ermäßigung. Alle Preisangaben sind tagesaktuell, verstehen sich pro Person in der angegebenen Kabinenkategorie. Weitere Kabinenkategorien erfragen Sie gern bei uns. An- und Abreise nach Verfügbarkeit zubuchbar. Änderungen der Termine, Routen, Liegezeiten sowie Liegeplätze vorbehalten. Es gelten die Bedingungen und Preismodelle von TUI Cruises.

TUI Cruises GmbH · Heidenkampsweg 58 · 20097 Hamburg · Deutschland
Stand: 03/2021



RÜCKBLICK

1. März

Wir beginnen den März mit einer GLV-Video-konferenz. Noch immer stehen wir vor der unklaren Situation, ob die geplanten Seminare (Senioren, Work-Life-Balance) und die Personengruppenkonferenzen im Juni überhaupt stattfinden können. Wir kommen überein, weiterhin „auf Sicht zu fahren“ und zu planen. So entstehen nach dem Logo für den Delegiertentag im März auch die Logos für die Konferenz der Frauen und der Senioren.

fair · intuitiv  dynamisch · genial
Frauen in der GdP

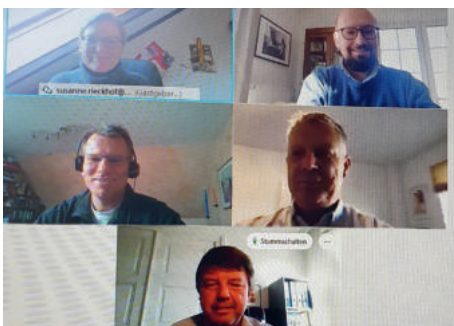
frauenkonferenz am 9. juni 2021 in kiel

8. LANDESSENIORKONFERENZ

Aktiv leben & Mitbestimmen  
SENIORNGRUPPE
8. Juni 2021 **Gewerkschaft der Polizei**
Atlantic Hotel in Kiel Landesbezirk Schleswig-Holstein

5. März

Wir (Torsten Jäger, Sven Neumann, Thomas Gründemann und ich) treffen uns per Video mit dem FDP-Landtagsabgeordneten Jörg Hansen. Dieser betont, dass das inzwischen verabschiedete LVwG ein Kompromiss sei und er sich in der Tat auch „mehr polizei-praktische Umsetzung gewünscht“ hätte. Er verspricht, sich bei den Plänen zur 2. EHu dafür stark zu machen, dass weiter an den 75 Stellen festgehalten werde und diese nicht auf 50 durch die Hintertür abgeschmolzen werden. Wir weisen noch einmal auf unser Papier „Wie viel und welche Polizei braucht Schleswig-Holstein 2.0“ hin, in dem alle unsere Forderungen beschrieben sind. Dieses ist eine gute Vorlage für sämtliche Wahlprogramme der demokratischen Parteien im Landtag im Bereich „Innen und Recht“.



8. März

Die AG Delegiertentag nimmt ihre Arbeit auf und verteilt Arbeitsaufträge, die bis zum 12. April zu erledigen sind.

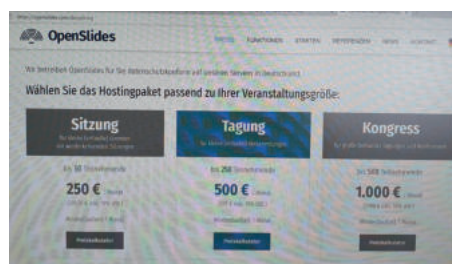
10. März

Mit Yannick Porepp von der Regionalgruppe SH Mitte nehme ich an der Pressekonferenz zur Vorstellung des Verkehrssicherheitsberichts teil. Yannick arbeitet beim Autobahnrevier Neumünster und kennt sein Geschäft aus dem Effeff. Er hatte im Sommer 2020 die Innenministerin mal auf eine Schicht mitgenommen und ihr insbesondere die Herausforderungen auf der BAB 7 nahegebracht. Daran kann sie sich noch eindrucksvoll erinnern, wie sie im Smalltalk nach der Landespressekonferenz erzählt.



12. März

In einer Fortbildung lernen der Landesvorsitzende und ich das Tool „Open Slides“ kennen. Dieses werde auf dem Bundeskongress 2022 erneut zur Anwendung kommen. Für unsere Bedarfe dürfte es im Moment noch zu preisintensiv sein. Dennoch werden wir in den drei Stunden zu Fans dieses Kongress-Systems.



15. März

Wieder einmal Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstands per Video.

Susanne Rieckhof



Foto: Gründemann

22. März

Kassierertagung online. Thomas Mertin hatte als Landeskassierer alle Kassierer der Regionalgruppen eingeladen, um über aktuelle Herausforderungen vor Ort zu sprechen.

25. März

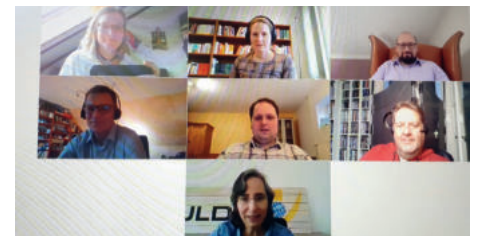
Videokonferenz des DGB zur Hochschulnovelle. Mal eine ganz andere Baustelle, aber unsere FHVD ist ja auch davon betroffen. Ich freue mich sehr über die Ratschläge des Dekans Michael Kock. Diese fließen unmittelbar in die erste Stellungnahme mit ein und sind immens wichtig für das Gesetzgebungsvorhaben.

29. März

GLV-Sitzung und Sitzung der Landesfrauen. Ein langer, aber produktiver Abend.

30. März

Gespräch mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, also mit Marit Hansen, Barbara Körffer und Daniel Keller. An diesem nehmen neben mir für die GdP Torsten Jäger, Sven Neumann und Jörn Löwenstrom teil. Das Gespräch dient in erster Linie zum gegenseitigen Kennenlernen und zum gegenseitigen Verständnis der Positionen. So möchte das ULD in erster Linie immer Ansätze und Lösungen zu rechtskonformen Handeln aufzeigen und nicht „als Spielverderber“ wahrgenommen werden. Sollte dieser Eindruck entstehen, wird künftig kurzfristig zum Telefon gegriffen, um in den Austausch zu kommen und nicht über, sondern miteinander zu sprechen. Das nächste Treffen ist für Mai/Juni 2021 avisiert.



Und sonst noch?

Auch in diesem verrückten Jahr besteht für unsere Mitglieder die Möglichkeit, an vergünstigte EM-Trikots heranzukommen.

